



wahlkabine.at

Österreichs erfolgreichste Politik-Orientierungshilfe im Internet

Fragen und Standpunkte der Parteien zu den Landtags- und Gemeinderatswahlen am 11. Oktober 2015 in Wien

Hier ein Überblick über die Standpunkte der Parteien und deren Gewichtung der Sachthemen, wie sie vom Redaktionsteam zusammengefasst wurden.







Berücksichtigte Parteien

Für die Internet-Wahlkabine zur Landtagswahl in Wien 2015 wurden alle Parteien und Listen berücksichtigt, die in allen Bezirken antreten und den Fragenkatalog bis zum Redaktionsschluss beantwortet hatten.

- SPÖ
- ÖVP
- Grüne
- FPÖ
- NEOS
- ANDAS

Hintergrundinformationen über Konzept, Realisierung und Methodik finden Sie auf www.wahlkabine.at







1. Soll sich die Stadtregierung auf Bundesebene für Vermögenssteuern einsetzen?

SPÖ	Ja	
Die Entlastung des Faktors Arbeit ist für die SPÖ Wien zentral. Vermögen und Gewinne sind entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit ebenfalls zur Finanzierung staatlicher Aufgaben heranzuziehen. Deshalb setzt sich die SPÖ Wien zusätzlich auch für die Einführung der Wertschöpfungsabgabe ein.		
ÖVP	Nein	
--		
Grüne	Ja	
Beste Bildung, günstige Öffis, leistbare Wohnungen: öffentliche Leistungen entscheiden über die Zukunft einer Stadt. Wenn man die hohe Wiener Lebensqualität langfristig absichern möchte, werden auch MillionärInnen ihren Beitrag leisten müssen.		
FPÖ	Nein	
--		
NEOS	Nein	
Österreich und Wien haben ohnehin eine im europäischen Vergleich sehr hohe Steuerbelastung. Es gibt kein Einkommensproblem, sondern ein Ausgabenproblem.		
ANDAS	Ja	
Vermögen ist in Österreich viel zu niedrig besteuert, Arbeit viel zu hoch. Vermögenssteuern auf OECD-Niveau würden Geld in die notorisch leere Staatskasse bringen und dafür Sorgen, dass die Steuern auf Arbeit gesenkt werden können.		

2. Soll in ausgewählten Tourismuszonen eine Ladenöffnung am Sonntag ermöglicht werden?

SPÖ	Nein	■
Für die SPÖ Wien ist der Schutz der arbeitenden Menschen am wichtigsten. Sollte es zwischen den Sozialpartnern zu einer Einigung kommen sind wir gesprächsbereit.		
ÖVP	Ja	■ ■
--		
Grüne	Nein	■
Der Wien-Tourismus boomt auch ohne Sonntagsöffnung. Gleichzeitig gibt es einen Trend zur Flexibilisierung von Öffnungszeiten. Handelsangestellte sollen nicht die Leidtragenden sein. Eine Sonntagsöffnung in Tourismuszonen ist nur denkbar, wenn es einen Konsens mit den Handelsangestellten gibt.		
FPÖ	Nein	■
--		
NEOS	Ja	■ ■ ■
Städte-Tourismus findet typischerweise an (verlängerten) Wochenenden statt. Es ist schade, dass unsere Gäste am Sonntag vor verschlossenen Rollbalken stehen.		
ANDAS	Nein	■ ■ ■
Nein, weil das Familienleben und Freizeit von Handelsangestellten nicht noch weiter eingeschränkt werden sollen.		

3. Soll die Stadt Wien die Errichtung kommerzieller Betriebe in öffentlichen Erholungszonen (Donaukanal, Augarten, Prater) ausweiten?

SPÖ	Nein	
Die SPÖ Wien macht sich für Erholungsräume im urbanen Raum ohne Konsumzwang stark. Konsumfreie Räume sind vor allem für Jugendliche zentral.		
ÖVP	Ja	
--		
Grüne	Nein	
Frei zugängliche Erholungsräume sind wichtig für jede Großstadt. Gleichzeitig sind alle drei genannten Erholungszonen ausreichend kommerziell erschlossen, sodass es keinen Grund gibt Wiesen und sonstige öffentliche Flächen weiter zu verbauen.		
FPÖ	Nein	
--		
NEOS	Ja	
Ein buntes und vielfältiges Angebot belebt öffentliche Erholungszonen, macht Wien lebenswerter, entlastet durch Einnahmen (bspw. aus Pacht) das Stadtbudget, schafft Arbeitsplätze und bringt zusätzliche Steuereinnahmen. Auch Demos sollten zulässig sein.		
ANDAS	Nein	
Der öffentliche Raum gehört allen! Und das soll auch so bleiben.		

4. Soll sich die Stadt Wien dafür einsetzen, dass die Gastronomie verstärkt auf Schwarzarbeit überprüft wird?

SPÖ	Ja	■ ■ ■ ■
Es kann und darf nicht sein, dass einige „schwarze Schafe“ der seriösen Wiener Wirtschaft Schaden zufügen und Wiener ArbeitnehmerInnen durch Ausbeutung und illegale Beschäftigung, Sozialabgaben- und Steuerhinterziehung benachteiligt werden.		
ÖVP	Ja	■ ■
--		
Grüne	Ja	■
Krisenbedingt hat es auch die Gastronomie schwer. Aber Schwarzarbeit ist keine Lösung. Schon gar nicht für die Beschäftigten. Ihnen droht neben schlechter Bezahlung der Verlust der sozialen Absicherung. Die Einhaltung arbeitsrechtlicher Bestimmungen ist wichtig, unabhängig von der Branche.		
FPÖ	Ja	■
--		
NEOS	Nein	■
Eine viel effizientere Lösung zur Eindämmung von Schwarzarbeit ist die Senkung der Abgabenlast.		
ANDAS	Ja	■ ■ ■
Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt. Es ist Aufgabe der Politik energisch gegen systematische Steuerhinterziehung durch Unternehmen vorzugehen.		







5. Soll die Stadt Wien Personalauslagerungen bei den Gemeindebetrieben ausweiten?

SPÖ	Nein	■ ■
Öffentliche Dienstleistungen sind ein Jobmotor - allein ein Job bei den Wiener Stadtwerken sichert drei weitere. Die SPÖ Wien will Unternehmen der Daseinsvorsorge weiterentwickeln und spricht sich gegen Privatisierungen aller Art aus.		
ÖVP	Nein	■
--		
Grüne	Nein	■ ■ ■
Mit der Auslagerung von Personal sind Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen verbunden. Die Stadt Wien sollte mit gutem Beispiel voran gehen: statt zwei Klassen von ArbeitnehmerInnen braucht es faire Arbeitsbedingungen, Löhne und Gehälter. Und motivierte MitarbeiterInnen.		
FPÖ	Nein	■ ■
--		
NEOS	Nein	■
Gemeindebetriebe haben einen Versorgungsauftrag, sind aber abgesehen von der fehlenden Gewinnabsicht unternehmerisch zu führen. Einzig nach diesen Kriterien sind Entscheidungen zu treffen. Zudem werden solche Auslagerungen oft zur Umgehung nötiger Stellenreduktionen eingesetzt und sind selten transparent.		
ANDAS	Nein	■ ■ ■
Die Stadt muss mit gutem Beispiel voran gehen. Lohndumping - egal ob mit oder ohne Personalauslagerung – muss verhindert werden. Erst recht im öffentlichen Bereich.		

6. Soll die Stadt Wien die Einrichtung privater Schulen vereinfachen und fördern?

SPÖ	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Bildung ist eine öffentliche Aufgabe. Die SPÖ Wien steht dafür, dass Bildungschancen nicht vom Einkommen der Eltern abhängen.		
ÖVP	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--		
Grüne	Ja	<input type="checkbox"/>
Alle Kinder sollen eine öffentliche Schule besuchen können, die zu ihren individuellen Bedürfnissen passt. Gleichzeitig sollen Alternativschulen innovative Konzepte ausprobieren, um sie bei Erfolg auch in öffentliche Schulen zu übernehmen. Der Stadtschulrat wird modernisiert und entbürokratisiert.		
FPÖ	Ja	<input type="checkbox"/>
--		
NEOS	Ja	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Wir brauchen ein buntes Angebot an Konzepten und Schulangeboten mit einheitlichem Qualitätsrahmen und größtmöglicher Autonomie - personell, finanziell und pädagogisch. Finanziert werden alle gleich über die Anzahl der Schülerinnen mit Zuschlägen für Brennpunkt-Standorte. Das Geld muss bei den Schüler_innen ankommen.		
ANDAS	Nein	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Bildung und Ausbildung müssen öffentliche Angelegenheit bleiben. Es darf nicht sein, dass die Herkunft über Bildungschancen entscheidet. Wir lehnen deswegen auch Studiengebühren ab. Sehr wohl begrüßen wir aber ein größeres Angebot an Alternativpädagogik.		







7. Sollen verstärkt Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden die in nichtdeutscher Sprache den Unterricht unterstützen können?

SPÖ	Ja	
<p>Jedes Wiener Kind soll sich am Ende der Schulpflicht in (mindestens) zwei Sprachen gut verständigen können. Das Ziel soll durch sprachliche Förderung bereits im Kindergarten und den Ausbau von mehrsprachigen Angeboten an Schulen erreicht werden.</p>		
ÖVP	Nein	
<p>--</p>		
Grüne	Ja	
<p>Wien ist eine Stadt der Sprachenvielfalt. Dieser Sprachschatz soll gehoben werden. Gute Kenntnisse der Erstsprache sind ein Gewinn für die Kinder und erleichtern auch das Lernen von Deutsch. Mehrsprachige LehrerInnen verbessern die Kommunikation mit Kindern und Eltern.</p>		
FPÖ	Nein	
<p>Nein; Eigene Förderklassen für jene, die nicht dem Regelunterricht folgen können, sollten vor dem Eintritt in die Schule besucht werden müssen</p>		
NEOS	Ja	
<p>Zweisprachigkeit muss als Vorteil verstanden werden. Allerdings sollen die Schulen für sich selbst autonom entscheiden dürfen, was für sie am besten ist.</p>		
ANDAS	Ja	
<p>Ja, denn Integration und Inklusion die nicht schon im Kindergarten und Schule vollzogen wird, ist später nur mehr schwer nachzuholen.</p>		







8. Soll sich die Landesregierung für eine Volksbefragung über das EU-Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) einsetzen?

SPÖ	Nein	■
Die Abgeordneten der SPÖ haben im EU Parlament gegen den aktuellen Vorschlag zu TTIP gestimmt. Komplexe Fragen wie diese müssen von PolitikerInnen, ExpertInnen und der Bevölkerung gemeinsam gelöst werden.		
ÖVP	Nein	■ ■
--		
Grüne	Ja	■ ■ ■
TTIP hilft insbesondere internationalen Konzernen. Es drohen eine Verschlechterung von Umweltstandards, ArbeitnehmerInnenrechten und dem KonsumentInnenschutz. In einem vereinten Europa sollte es zu so einer wesentlichen Frage eine europaweite Volksabstimmung geben.		
FPÖ	Ja	■ ■ ■
--		
NEOS	Nein	■
Es ist nicht Aufgabe einer Landesregierung, Volksbefragungen zu internationalen Abkommen zu initiieren. Hier sollte man die zuständigen politischen Ebenen - mit größtmöglicher Transparenz und Einbindung der Bürger_innen - arbeiten und die gewählten Parlamentarier_innen abstimmen lassen.		
ANDAS	Ja	■ ■ ■
TTIP untergräbt die Grundfesten von Demokratie und Sozialstaat. Deswegen müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um TTIP zu verhindern.		

9. Soll das Wahlrecht in Wien so reformiert werden, dass die Anzahl der Mandate dem Stimmenanteil so genau wie möglich entspricht?

SPÖ	Nein	
Wir sprechen uns klar für ein Wahlrecht mit mehrheitsfördernden Elementen aus, da ein solches die Zersplitterung des Parteiensystems vermindert und die Stabilität der Demokratie stärkt.		
ÖVP	Ja	
--		
Grüne	Ja	
Derzeit werden die Stimmen der WählerInnen unterschiedlich gewichtet, je nachdem in welchem Bezirk sie wohnen und ob die Partei, die sie wählen, viele oder wenige Stimmen bekommt. Wir finden: Jede Stimme ist gleich viel wert! Wir setzen uns deshalb für ein faires Verhältniswahlrecht ein.		
FPÖ	Ja	
--		
NEOS	Ja	
Es ist undemokratisch, wenn durch eine undurchschaubare Wahlarithmetik der Wählerwille verfälscht wird.		
ANDAS	Ja	
Ein faires Wahlrecht ist die Grundlage jeder Demokratie. Auch die 5%-Hürde ist demokratiefeindlich und muss abgeschafft werden.		

10. Soll die Stadt Wien ein Verbot auf der Ringstraße durchsetzen?

SPÖ	Nein	
Großveranstaltungen wie der Life-Ball tragen zum positiven Image von Wien bei. Gleichzeitige bemühen sich alle Verantwortlichen darum, die Beeinträchtigung des Verkehrs so klein wie möglich zu halten.		
ÖVP	Ja	
--		
Grüne	Nein	
Ein klares Nein: Wer will ernsthaft den Maiaufmarsch am Ring verbieten, den Vienna City Marathon absagen und über 100.000 BesucherInnen der Regenbogenparade mitteilen, sie sollen zu Hause bleiben? Ein zentraler Ort wie der Ring soll vielfältig genutzt werden können.		
FPÖ	Ja	
--		
NEOS	Nein	
Die Ringstraße ist ein prächtiger öffentlicher Raum, der auch für Veranstaltungen nutzbar bleiben soll. Punktuellen Ungemach für Verkehrsteilnehmer_innen steht nicht selten ein enormer internationaler Wettbewerb für unsere Stadt gegenüber.		
ANDAS	Nein	
Demokratie mit Verweis auf ökonomische Verluste einzuschränken, wie dies ÖVP und FPÖ tun, ist unakzeptabel und der Anfang vom Ende des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit.		







11. Soll die Stadt Wien gesellschaftskritische Kunst fördern auch wenn sie öffentliches Ärgernis erregt?

SPÖ	Ja	■
Kunst und Kultur waren immer schon Bereiche in denen die Grenzen der Gesellschaft ausgelotet und verschoben wurden. Staatliche Interventionen sollten in modernen Demokratien nur in Extremfällen angewandt werden.		
ÖVP	Ja	■
--		
Grüne	Ja	■ ■ ■
Kunst belebt den öffentlichen Diskurs zu gesellschaftsrelevanten Themen und zeigt bestehende Konfliktherde auf. Für die Grünen steht die Freiheit der Kunst an oberster Stelle. Die Politik soll sich in inhaltliche Entscheidungen von KünstlerInnen und Kulturinstitutionen nicht einmischen.		
FPÖ	Nein	■
In Zeiten von Rekord-Armut, -Arbeitslosigkeit und -Schulden definitiv nicht.		
NEOS	Ja	■ ■
Was öffentliches Ärgernis erregt, liegt meist im Auge des Betrachters und taugt daher nicht als objektives Kriterium zur Beurteilung einer etwaigen Förderwürdigkeit. Kunst soll auch Auseinandersetzung mit dem Mainstream suchen dürfen.		
ANDAS	Ja	■ ■ ■
„Der Zeit ihre Kunst, der Kunst ihre Freiheit“ (Ludwig Hevesi)		

12. Sollen alle in Wien Gemeldeten nach 2 Jahren das Wahlrecht auf Landesebene erhalten?

SPÖ	Ja	■ ■ ■
Mitbestimmungsmöglichkeiten sind ein elementarer Bestandteil für Integration. Die SPÖ Wien setzt sich grundsätzlich für das Wahlrecht auf Bezirks-, Gemeinderats und Landtagebene nach legalem Aufenthalt von 5 Jahren ein.		
ÖVP	Nein	■ ■ ■ ■
--		
Grüne	Ja	■ ■ ■ ■
Wer über 16 Jahre ist und seit mehreren Jahren seinen Lebensmittelpunkt in Wien hat, soll Bezirksvertretung, Landtag und Gemeinderat wählen dürfen. Dafür müssen SPÖ und ÖVP auf Bundesebene endlich die Voraussetzungen schaffen, damit Wien dies selbst regeln kann.		
FPÖ	Nein	■ ■ ■ ■
--		
NEOS	Ja	■ ■ ■
Wer seinen Lebensmittelpunkt in Wien hat, soll auch politisch partizipieren. Mitbestimmung auf Augenhöhe ist ein wesentliches Merkmal erfolgreicher Integrationspolitik in demokratischen Gesellschaften.		
ANDAS	Ja	■ ■ ■ ■
„No taxation without representation!“ Die Ausübung grundlegender Menschenrechte darf nicht von der Staatsbürgerschaft abhängig sein.		

13. Sollen alle Subventionen der Stadt Wien und der Bezirke in einer Datenbank im Internet zugänglich gemacht werden?

SPÖ	Nein	
Das Budget der Stadt Wien wird transparent online veröffentlicht. Bei konkreten Projekten stehen die Interessen nach Transparenz und Datenschutz der Beteiligten miteinander im Widerspruch. Alle Schritte in diesem Bereich müssen deshalb sensibel und sorgfältig durchgeführt werden.		
ÖVP	Ja	
--		
Grüne	Ja	
Die Veröffentlichung aller Subventionen der Stadt Wien und der Bezirke macht Entscheidungsfindungen transparenter und nachvollziehbarer. Sie dient auch der Vorbeugung gegen Freunderl- und Parteienwirtschaft.		
FPÖ	Ja	
--		
NEOS	Ja	
Wir Bürger_innen haben ein Recht, zu erfahren, was mit unseren Steuergeldern passiert. Wir brauchen hier absolute Transparenz.		
ANDAS	Ja	
Ohne Transparenz keine Demokratie. Jede/r WienerIn hat ein Recht darauf zu erfahren, was mit seinem/ihrer Steuergeld passiert.		







14. Soll sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzen dass der Konsum von Cannabis legalisiert wird?

SPÖ	Nein	
Verantwortungsloser Umgang mit Drogen kann nicht nur den KonsumentInnen und ihrem Umfeld schaden, er verursacht jedes Jahr auch enorme Kosten im Sozial- und Gesundheitssystem. Diese Gefahr, wenn auch geringer als bei den meisten andern Drogen, gibt es auch bei Cannabis.		
ÖVP	Nein	
--		
Grüne	Ja	
Der persönliche Konsum von Cannabis hat im Strafrecht nichts verloren. Gerade jungen Menschen wird durch Strafen oft der weitere Lebensweg verbaut. Die Grünen treten deshalb sowohl für eine Entkriminalisierung von Cannabis ein, als auch für die Freigabe für medizinische Zwecke.		
FPÖ	Nein	
--		
NEOS	Ja	
Dieses Thema soll auf Bundesebene geregelt werden. Jüngste Beispiele aus den USA belegen, dass die Entkriminalisierung in jeder Hinsicht positive Effekte erzielt. Wichtig ist aber die begleitende Sucht-Aufklärung schon in den Schulen.		
ANDAS	Ja	
Die Folgen der Kriminalisierung von Cannabis stehen in keiner Relation zum vergleichsweise sehr geringen gesellschaftlichen Schaden, den das Kiffen verursacht.		

15. Soll sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass homosexuelle Paare heiraten können?

SPÖ	Ja	■ ■ ■
Die SPÖ Wien setzt sich für die Öffnung der Ehe und gleichberechtigte Möglichkeit der Adoption ein. Denn Familie ist, wo Liebe ist.		
ÖVP	Nein	■ ■ ■
--		
Grüne	Ja	■ ■ ■ ■ ■
Es gibt keinen vernünftigen Grund, Lesben und Schwule von der Zivilehe auszuschließen. Gleiche Liebe verdient gleiche Rechte. Das rot-grüne Wien ist übrigens das einzige Bundesland, das per Resolution die Bundesregierung schon mehrmals aufgefordert hat, die Ehe für Lesben und Schwule zu öffnen.		
FPÖ	Nein	■
--		
NEOS	Ja	■ ■ ■
Das ist zwar keine vordringliche Aufgabe einer Landesregierung, trotzdem sollte jeder Diskriminierung auf allen politischen Ebenen entschlossen entgegen getreten werden.		
ANDAS	Ja	■ ■ ■ ■ ■
Im 21. Jahrhundert sollten Homosexuelle nicht nur heiraten, sondern auch gemeinsam Kinder großziehen und adoptieren können.		

16. Soll die Stadtregierung politische Gestaltung im öffentlichen Raum wie die "Ampelpärchen" ausweiten und fördern?

SPÖ	Ja	
Neben vielen anderen Leistungen der Stadt Wien ist es uns auch wichtig Offenheit, Solidarität und Akzeptanz im öffentlichen Raum sichtbar zu machen.		
ÖVP	Nein	
--		
Grüne	Ja	
Sprache, Symbole und Bilder beeinflussen unsere Vorstellung von der Welt. Veränderungen regen dazu an, Klischees kritisch zu hinterfragen, bringen Aufmerksamkeit für ein Thema und setzen Diskussionsprozesse in Gang.		
FPÖ	Nein	
--		
NEOS	Ja	
Ein schönes Zeichen für Respekt und Toleranz, das Wien auch international positive Aufmerksamkeit gebracht hat, in vielen Städten kopiert wird und nicht viel kostet.		
ANDAS	Ja	
Allerdings dürfen solche Zeichen nicht nur Alibi-Aktionen sein. Es müssen auch konkrete Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Minderheiten gesetzt werden.		

17. Soll die Stadt Wien in Krankenhäusern der Gemeinde Schwangerschaftsabbrüche auf Krankenschein anbieten?

SPÖ	Ja	■ ■ ■
Die Fristenregelung stellt das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper sicher. Damit hat die damalige SPÖ-Frauenministerin Johanna Dohnal einen Meilenstein in der Frauenpolitik gesetzt. Die SPÖ setzt sich dafür ein, dass Frauen in ganz Österreich einen Schwangerschaftsabbruch durchführen lassen können. Wenn sich eine Frau für einen Schwangerschaftsabbruch entscheidet, dann darf es keine zusätzlichen Hürden geben. Frauen müssen darauf vertrauen können, dass sie in ihrer Nähe medizinisch gut betreut werden.		
ÖVP	Nein	■ ■ ■
--		
Grüne	Ja	■ ■ ■
Die Entscheidung für ein Kind darf nicht von der momentanen Finanzlage abhängig sein. Schwangerschaftsabbrüche müssen in medizinisch einwandfreiem Umfeld gemacht werden und für alle, die sich dafür entscheiden, leistbar sein.		
FPÖ	Nein	■
Der Eingriff soll in öffentlichen Krankenhäusern durchgeführt werden, damit sich private Institute hier nicht länger bereichern können. Ärzte dürfen nicht dazu gezwungen werden.		
NEOS	Ja	■
Es geht darum, illegale Schwangerschaftsabbrüche zu verhindern. Entsprechende Angebote mit begleitender Beratung sind das wirkungsvollste Mittel.		
ANDAS	Ja	■ ■ ■ ■
Frauen müssen frei von ökonomischen Zwängen darüber entscheiden können ob sie sich für oder gegen ein Kind entscheiden.		

18. Soll die Stadt Wien die Prostitutions-Verbotzonen ausweiten?

SPÖ	Nein	■
Die aktuellen rechtliche Regelung bietet allen Beteiligten sichere und nachvollziehbare Rahmenbedingungen.		
ÖVP	Nein	■ ■
--		
Grüne	Nein	■
Trotz aller divergierenden Lösungskonzepte ist klar: eine Verdrängung aus dem öffentlichen Raum kann Gewalt und Ausbeutung nicht reduzieren. Gemeinsam mit Betroffenen und Bezirksvertretungen sollen sichere Arbeitsbedingungen gesucht werden, ohne Wohngebiete zu belasten.		
FPÖ	Ja	■
--		
NEOS	Nein	■
Wir sehen hier keinen Handlungsbedarf.		
ANDAS	Nein	■ ■ ■
Nein, denn mit der Vertreibung von Sex-Arbeiterinnen an den Stadtrand werden keine Probleme gelöst.		







19. Soll die Stadt Wien die Regelungen zur geschlechtergerechten Sprache für bessere Verständlichkeit abschaffen?

SPÖ	Nein	■ ■ ■ ■
Sprache verändert sich laufend und fördert geschlechtssensibles Denken jener die sie benutzen. So wie akademische Fremdwörter für WissenschaftlerInnen oder Fußball-Fachbegriffe für Fans kein Verständigungsproblem darstellen, ist auch der Umgang mit geschlechtergerechten Formulierungen in kürzester Zeit ganz selbstverständlich.		
ÖVP	Nein	■
--		
Grüne	Nein	■ ■ ■ ■
Verständlichkeit hat viel mit Gewöhnung zu tun. Wir müssen uns daran gewöhnen, dass es mehr als ein Geschlecht gibt.		
FPÖ	Ja	■ ■ ■ ■
--		
NEOS	Nein	■
Geschlechtergerechte Sprache ist aus unserer Sicht nicht schlechter verständlich, sondern allenfalls für den einen oder die andere noch etwas ungewohnt. Hier braucht es unaufgeregte Großzügigkeit.		
ANDAS	Nein	■ ■ ■ ■
Sprache ist ein wichtiger Teil der gesellschaftlichen Verhältnisse. Auch in der Sprache gilt es auf die jahrhundertelange Diskriminierung von Frauen aufmerksam zu machen.		

20. Soll die Stadt Wien die Unterbringung von Asylwerberinnen und Asylwerbern durch Privatpersonen fördern?

SPÖ	Ja	■
Grundsätzlich sehen wir die Unterbringung von Asylsuchenden als staatliche Aufgabe. Professionelle Vereine wie die Volkshilfe oder der Samariterbund die professionell helfen, um die Versorgung zu verbessern, sollen natürlich unterstützt werden.		
ÖVP	Ja	■ ■
--		
Grüne	Ja	■ ■ ■
Viele Menschen wollen angesichts der katastrophalen Unterbringung von Kriegsflüchtlingen solidarisch unterstützen. Eine private Unterbringung darf nicht gesetzlich verhindert werden, Qualität und Betreuung der Flüchtlinge muss aber sichergestellt werden.		
FPÖ	Nein	■ ■ ■
--		
NEOS	Ja	■ ■ ■
Es gibt sehr viel Hilfsbereitschaft in unserer Stadt, die mitunter an unnötigen bürokratischen Hürden scheitert.		
ANDAS	Ja	■ ■ ■
Die dezentrale Unterbringung in kleinen Quartieren ist ein wichtiger Schritt zur Inklusion von AsylwerberInnen.		







21. Soll die Wiener Landesverwaltung den Anteil von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst erhöhen?

SPÖ	Nein	
Zum einen soll der öffentliche Dienst die Gesellschaft abbilden und zum anderen aus kompetenten MitarbeiterInnen bestehen. Beides wird in Wien groß geschrieben und deshalb sind MigrantInnen auch ein wichtiger Teil unserer Landesverwaltung.		
ÖVP	Nein	
--		
Grüne	Ja	
Etwa die Hälfte der Wiener Bevölkerung hat Migrationshintergrund. Der sozial gerechte Zugang zu Arbeit ist für den öffentlichen Dienst selbstverständlich, die Repräsentation aller gesellschaftlichen Gruppen in der Verwaltung schafft Vertrauen.		
FPÖ	Nein	
Nein; Wie in jedem anderen Bereich sind wir gegen Quotenregelung. Der jeweils bestqualifizierte Bewerber soll den ausgeschriebenen Posten bekommen.		
NEOS	Ja	
Die Stadt Wien soll wie jeder andere Arbeitgeber die jeweils qualifiziertesten Bewerber_innen für einen Job einstellen, die Herkunft darf dabei keine Rolle spielen.		
ANDAS	Ja	
Die Stadt Wien hat großen Nachholbedarf. Wien Anders wird sich dafür einsetzen, dass MigrantInnen auch im Arbeitsleben nicht diskriminiert werden.		

22. Sollen Polizistinnen und Polizisten im Einsatz mit einer Kennzeichnung identifizierbar gemacht werden?

SPÖ	Nein	■
<p>PolizistInnen haben einen wichtigen aber auch gefährlichen Beruf. Der Schutz ihres Privatlebens und ihrer Familie ist deshalb sehr wichtig. Gleichzeitig müssen PolizistInnen natürlich sorgfältig und sensibel mit der ihnen verliehenen Macht umgehen und dafür die Verantwortung übernehmen.</p>		
ÖVP	Nein	■ ■
<p>--</p>		
Grüne	Ja	■ ■ ■
<p>Was in Frankreich, Italien oder den USA möglich ist, soll es auch in Österreich sein: die sichtbare Kennzeichnung der Dienstnummern an den Uniformen von PolizistInnen erlaubt eine bessere Identifikation bei Fehlverhalten im Dienst.</p>		
FPÖ	Nein	■ ■
<p>--</p>		
NEOS	Ja	■
<p>Es gibt aber auch ein berechtigtes Interesse der Organe, dass ihre Identität geschützt wird. Ein wirkungsvoller Prozess zur Verfolgung etwaigen Fehlverhaltens ist jedoch notwendig. Es gibt hier gute internationale Beispiele.</p>		
ANDAS	Ja	■ ■ ■
<p>Jeder Mensch hat ein Recht darauf, zu wissen wer ihm – als Repräsentant der Staatsgewalt – gegenüber steht.</p>		

23. Soll die Stadt Wien ein Bettelverbot an stark frequentierten Plätzen erlassen?

SPÖ	Nein	
<p>Armutsbekämpfung muss in allen Politikbereichen verstärkt werden. Die Stadt Wien achtet auf einen ausgewogenen Mix an Leistungen, um Armut zu verhindern - und im Notfall bereits bestehende Armut zu bekämpfen. Fest steht: Die SPÖ Wien kämpft gegen Armut, aber nicht gegen die Armen.</p>		
ÖVP	Ja	
<p>--</p>		
Grüne	Nein	
<p>Bettelverbote sind ein inadäquates Mittel im menschenwürdigen Umgang mit Armutsbetroffenen. Bettelnde Menschen dürfen nicht kriminalisiert werden, nur weil manchen der Anblick von Armut unangenehm ist.</p>		
FPÖ	Ja	
<p>--</p>		
NEOS	Nein	
<p>Bettelverbote lösen kein Problem, sondern verlagern es nur an andere Orte. Wirksame Armutsbekämpfung bringt mehr.</p>		
ANDAS	Nein	
<p>Die Stadt muss die Armut bekämpfen nicht die Armen. Betteln ist ein Menschenrecht.</p>		

24. Soll die Stadt Wien die Anzahl der Tempo-30-Zonen reduzieren?

SPÖ	Nein	■
Niedrigere Geschwindigkeiten reduzieren die Lärmbelastigung und vor allem das Unfallrisiko. In sorgfältig ausgewählten Wohngebieten sind Tempo-30-Zonen deshalb sinnvoll.		
ÖVP	Ja	■ ■
--		
Grüne	Nein	■ ■ ■
Tempo 30-Zonen sind wesentlich für den Rückgang von Unfällen mit Todesausgang und Verletzten verantwortlich. Außerdem kommt es zu einer deutlichen Reduktion der Lärmbelastigung. Darauf wollen wir nicht verzichten.		
FPÖ	Ja	■ ■ ■
--		
NEOS	Nein	■
Man kann Tempo-30-Zonen natürlich immer diskutieren. In der Regel gibt es aber sachliche Gründe für die Reduktion der Geschwindigkeit (etwa Schulen etc.).		
ANDAS	Nein	■ ■
Die Stadt soll allen Menschen gehören und nicht nur den AutofahrerInnen.		

25. Soll die Stadt Wien die Bevorzugung von länger in Wien gemeldeten Personen bei der Vergabe von geförderten Wohnungen abschaffen?

SPÖ	Nein	■ ■
Geförderte Wohnungen sollen in erster Linie Menschen zur Verfügung stehen, die ihren Lebensmittelpunkt in Wien haben.		
ÖVP	Nein	■ ■
--		
Grüne	Ja	■
Grundsätzlich soll das Ausmaß der Bedürftigkeit das wesentlichste Kriterium für Vergabe geförderter Wohnungen sein. Es ist aber nachvollziehbar, dass in den Vergabekriterien berücksichtigt wird, wenn Menschen schon länger in Wien leben.		
FPÖ	Nein	■
Wienerinnen und Wiener mit österreichischer Staatsbürgerschaft müssen entsprechend leichter zu geförderten Wohnungen kommen, als Nicht-Staatsbürger.		
NEOS	Nein	■
Die Aufenthaltsdauer kann als eines der Kriterien für die Vergabe durchaus bleiben.		
ANDAS	Ja	■ ■ ■
Entscheidend muss die soziale Bedürftigkeit sein und nicht, wie lange jemand schon in Wien wohnt.		